

NEIN

zum Unternehmenssteuer-Bschiss

NON

à l'arnaque de l'imposition
des entreprises

Sperrfrist: 29. November 2016, 14:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Nein zum Unternehmenssteuer-Bschiss!

Prisca Birrer-Heimo, SP-Nationalrätin (LU), Leiterin WAK-Delegation

Die Unternehmenssteuerreform III (USR III) bringt zahlreiche neue Steuerschlupflöcher und Privilegien für Konzerne und Aktionäre. Die Steuerausfälle von mindestens 2,7 Milliarden Franken pro Jahr tragen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Am stärksten trifft es den Mittelstand. Deshalb starten wir heute mit dem «Aufruf zum Schutz des Mittelstandes» die Nein-Kampagne gegen diese misslungene, viel zu teure Unternehmenssteuerreform. Wir sagen

NEIN zu neuen Milliarden-Ausfällen

Die Kosten sind unberechenbar. 2,7 Milliarden pro Jahr sind es sicher: 1,3 Milliarden fehlen beim Bund und 1,4 Milliarden bei Kantonen, Städten und Gemeinden. Wegen der neuen und komplizierten Steuerabzüge, die zusätzlich zur Senkung der Gewinnsteuern wirken, kann es aber auch ein Mehrfaches sein! Dass die tatsächlichen Ausfälle von den Befürwortern im Voraus viel zu tief beziffert werden, wissen wir spätestens seit der letzten Reform (USR II) von 2008.

NEIN zum Bschiss an der Bevölkerung

Das Milliarden-Loch, das die USR III in die Kassen von Bund, Kantonen und Gemeinden reisst, muss gestopft werden. Das geht nur mit Leistungsabbau – zum Beispiel bei der Bildung – und höheren Gebühren und Steuern. Das trifft den Mittelstand, die Angestellten, die Familien, die «normalen» Steuerzahlenden – uns alle! Ein Nein verhindert einen erneuten Bschiss und gibt dem Parlament den Auftrag, eine ausgewogene Reform auf den Weg zu bringen.

NEIN zu undurchsichtigen Steuerabzügen

Mit neuen Steuerabzügen aus dem sogenannten Werkzeugkasten können die Unternehmen ihre Steuern massiv senken. Die *„zinsbereinigte Gewinnsteuer“* ist beispielsweise gar keine Steuer, sondern ein Steuerabzug für einen fiktiven Zins: Unternehmen können also Beträge von den Steuern abziehen, die sie gar nie bezahlt haben. Damit wird ein riesiges Schlupfloch geschaffen, ein Fass ohne Boden. Belgien hat eine solche *„zinsbereinigte Gewinnsteuer“* eingeführt – die Verluste waren um ein Vielfaches höher als erwartet.

Ein weiteres Werkzeug aus der USR III-Kiste, die *„Inputförderung“*, ist ebenso unberechenbar und problematisch. Für jeden Franken, den ein Unternehmen in Forschung und Entwicklung investiert, sollen neu 1.50 Franken abgezogen werden können. Das steuerrechtliche Prinzip, dass man nur zum Abzug bringen darf, was man auch tatsächlich ausgegeben hat, wird mit diesem Instrument verletzt. Und was alles unter „Forschung und Entwicklung“ fällt, bleibt unklar.

Die *„Patentbox“* ist ebenfalls üppig ausgestaltet worden. Anstatt sie eng auszulegen und auf Gewinn aus Patenten zu beschränken, sollen auch noch Gewinne aus Software, patentähnlichen Rechten oder nicht patentierbaren Erfindungen steuerfrei sein. Diese Patentbox ist ein Tummelfeld für Juristen, Bürokraten und Steuerberater. Zusammen mit den andern steuerlichen Werkzeugen wird das Ganze zu einem zusätzlichen, grossen Aufwand für die Steuerbehörden führen.

NEIN

zum Unternehmenssteuer-Bschiss

NON

**à l'arnaque de l'imposition
des entreprises**

Quasi als Notbremse musste eine Steuerentlastungsbegrenzung eingeführt werden, damit die Unternehmen nach all den Steuerabzügen noch 20% ihres Gewinns versteuern. Mit anderen Worten: den Unternehmen kann gesamthaft ein Steuerrabatt von 80% gewährt werden! Das Parlament hat nicht nur bei den Abzügen übertrieben. Es hat sich erst noch geweigert, die grossen Einnahmeausfälle, die daraus entstehen, zu refinanzieren. Auch das ist unverständlich. Bund und Kantone hätten ohne Mehrbelastung einen Teil der Steuerausfälle finanzieren können, beispielsweise durch eine höhere Besteuerung der Dividenden. So, wie die USR III nun aber vom Parlament verabschiedet wurde, müssen wir Bürgerinnen und Bürger die Zeche bezahlen.

Bereits die letzte Reform der Unternehmenssteuer war umstritten und fand 2008 beim Volk nur eine hauchdünne Mehrheit. Später stellte das Bundesgericht sogar fest, dass der Bundesrat viel zu tiefe Einnahmeausfälle angekündigt hatte, die Stimmbevölkerung wurde getäuscht. Jetzt wiederholt sich das Ganze. Die Unternehmenssteuerreform III führt auf allen Ebenen zu hohen Ausfällen. Die Mehrheit des Parlamentes hat das Fuder überladen. Die zu Recht geforderte Abschaffung der international geächteten Steuerprivilegien für sogenannte Statusgesellschaften unterstützen wir vollumfänglich, aber nicht auf dieser Art und Weise.

Wenn die Bevölkerung die USR III ablehnt, kann das Parlament in kurzer Zeit eine bessere Vorlage auf den Tisch bringen, welche die Vorgaben der OECD erfüllt, aber keine Milliarden kostet. Die Steuerreform darf nicht auf dem Rücken des Mittelstands ausgetragen werden, sondern muss gegenfinanziert sein.